

„Moralische Verlumpung“

Unter dieser massiven Überschrift bringt die Dresdner Tageszeitung vom 2. März einen Artikel zur Metallarbeiterbewegung, der allem Anschein nach von sozialdemokratischen Ortsverwaltungsmitgliedern des DMB geschrieben ist. Der Untertitel ist eine so wütige Hege gegen die Opposition, daß wir überzeugt sind, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diese „moralische Verlumpung“ reformistischer Gewerkschaftsführer auf entschiedenste verurteilen. Deswegen gehen wir auch auf demagogische Verleidigungsmethoden, wie „Verlumpung zu brauslos, es wird schon etwas hängen bleiben“ — „Vorwürfe“ — „Abfehl der organisierten Arbeiterschaft von dießen die Arbeiterschaft schädigenden Methoden“ usw. nicht ein.

Wir stellen fest: Es ist unwahr, daß Kollege Rohde in der Generalversammlung des DMB vom 27. 1. 27 erklärt hat, daß gegen den Kollegen Händel Einwendungen von ihnen nicht erheben werden könnten und daß nur der Kollege Höller für sie einzutreten sei. — Richtig ist, daß Kollege Rohde für die Opposition den sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen ein gemeinsames Kampfblatt gegen die offenen und verdeckten Söhnen der NSPS in den Gewerkschaften anbot, indem er bestonte, die Opposition lege Wert auf Befreiung des verdeckten NSPS-Mannes Höller. Kollege Rohde unterließ eine Kritik an dem „linken“ Händel, da dieselbe beim Geschäftsbuch vom Reiter der Opposition bereits eindeutig zum Ausdruck gekommen war.

Wir stellen weiter fest: Es ist unwahr, daß in der Sitzung vom 21. Februar einmütig, also unter Einschluß der drei anwesenden kommunistischen Kollegen festgestellt wurde, daß die Verbandsleitung des DMB Dresden alles, was bei der Ausprägung getan werden konnte, getan hat. Wahr ist hingegen, daß die Opposition in der Ortsverwaltung einer solchen Erklärung gar nicht zustimmen konnte, da sie überhaupt nicht zur Einheitlichkeit kam. Wahr ist weiter, daß die Opposition jederzeit gegen die reformistische Politik der Verbandsleitung gekämpft hat.

Der Artikel verwiecht nicht unabsichtlich die Aussprüche der Ortsverwaltung und der Generalversammlung. Wir stellen also andre Tatsachen weiter fest:

Die Verbandsleitung lehnte in der ersten Sitzung der Ortsverwaltung eine Solidaritätserklärung für die Leipziger Metallarbeiter, die von der Opposition eingebrochen war, ab.

Eine ähnliche Entschließung wurde dann bei den Obleuten der ausgesperrten Metallarbeiter einstimmig angenommen.

Die Verbandsleitung hat einen Vorstoß gegen die Unorganisierten in einer Weise unternommen, die unseren Kollegen im Betrieb die Agitation für den Verband fast unmöglich machte. Dieser Vorstoß mußte weiterhin dazu beitragen, daß, angefangen des Kampfes, die Unorganisierten vom DMB eher abgestoßen als angezogen wurden.

Damit ist das demagogische Geschwör der Dresdner Polizei, verurteilt als Lüge und Verleumdung. Gerichtet wird sie auf unproletarische Kampfweise durch das Klassenbewußtsein der Gewerkschaftskollegen selbst. Trotz dieser üblichen Methoden wird die Opposition ihren Weg unbeirrt weitergehen und die Bekämpfung der reformistischen Politik in den Gewerkschaften noch energischer betreiben.

Der „Proletarier“

Zahlreichlich der Ortsverwaltungswahlen im Bezirk Halle-Merseburg zum Fabrikarbeiterverband hatte die Opposition ein Flugblatt herausgegeben, das dem sie darauf hinwies, daß die Verbandsleitung verläumt habe, Räume um Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne zu führen. Trotz der Anklage gegen das Hauptvorstand auf dem Verbandstag in Leipzig, den Kampf um die Rückeroberung des Achtstundentages anzunehmen, seien die Verhältnisse immer schlechter geworden. Das Flugblatt fordert zum Schluß auf, die Opposition zu wählen. Einheitsweise wendet sich diese an alle Kollegen und Kolleginnen, in den Verband einzutreten. Dem Flugblatt war eine Beleidigungserklärung angehängt.

Gegen dieses Flugblatt entsetzte der „Proletarier“ eine solche Hege. Da auch in unserem Bezirk die Angelegenheit von der Gewerkschaftsbürokraten aufgegriffen wurde, lassen wir die Antwort des „Klassenkampfes“ auf diese Angriffe folgen:

Das Verbandsamt der Fabrikarbeiter Deutschlands bringt in einer Nr. 6 vom Jahre 1927 eine Notiz mit der Überschrift „Notiz vor Schwindler!“. Diese Notiz heißt die Krone allen demagogischen Geschwörer dar, was sich bisher diese Leute erlaubt haben.

Um was dreht es sich? Die Opposition im Fabrikarbeiterverband hat im Bezirk Halle-Merseburg ein Flugblatt herausgegeben, das verantwortlich gemacht worden ist vom Genossen Rudolf Sachs, Haile, den man „überausmäßigen Organisationsrevisor“ nennt, Unabhängigkeit zum vorwirkt. Wie weisen nur darauf hin, daß Sachs vierzehn Jahre lang praktische Aufbauarbeit im Fabrikarbeiterverband geleistet hat, daß er elf Jahre in der Ortsverwaltung einer der ersten Wahlstellen — in Braunschweig — tätig gewesen ist und 1919, vom Vertrauen seiner Kollegen getragen, den Ge-

werkschaftskongress in Nürnberg, sowie 1920 den Verbandstag besuchte. Sein Hinauswurf aus dem Fabrikarbeiterverband erfolgte 1921 deswegen, weil er von seinen Kollegen nach Moskau, zum Studium der Verhältnisse in Rußland, gefördert worden war. Dieser „gewisse R. Sachs“ ist dann tatsächlich im Industrieverband der Chemiearbeiter gewesen und hat sich dort ununterbrochen eingesetzt für den Zusammenschluß mit dem Fabrikarbeiterverband, für die Einheit der Gewerkschaftsfront der Arbeiterschaft.

Abschließen von diesen Vorwürfen gegen den Genossen Sachs ist die Methode, wie man eine auf das Augblatt der Opposition gedruckte Beleidigungserklärung glaubt, im Interesse der Gewerkschaften viel bedauerlich. Es heißt da: „Sie — die Oppositioen — sind weder beauftragt noch berechtigt, im Namen des Verbandes Eintrittsgeld zu erheben. Der Verband kommt für finanzielle Schwierigkeiten, die daraus entstehen, nicht auf.“

Eine solche Denunzierung sozialer Gewerkschaftsarbeiter, denen es darum zu tun ist, den letzten Arbeiter in den Gewerkschaften zu organisieren, ist wirklich ein starkes Stück. Aus der Beleidigungserklärung geht klar hervor, daß sie an die Zahlstelleneinheiten abzielten und keiner ist absolut keine Ruhbil oder eine Quittung für das Eintrittsgeld angehängt, so daß es eine plakate Verleumdung ist, wenn man den Willen der Opposition, neue Mitglieder zu werben, solche Motive unterschreibt. Die oppositionellen Kollegen werden sich davon nicht beeinflussen lassen, sie werden nun erst recht dafür sorgen, daß dem Verband ständig neue Mitglieder zugelassen werden.

Daran scheint der „Proletarier“ kein Interesse zu haben.

Produktionskosten in der Landwirtschaft

H. K. A.

Das „Not“geheiße der Agrarbourgeois ist man nachgerade gewohnt, angehört der gegenwärtigen Lohnverhandlungen in fast allen großagraristischen Gebieten Deutschlands hören wir es wieder in verstärktem Maße. Sehen wir uns die Produktionskosten heute gegenüber 1913 an.

Die hauptsächlichsten Produktionskosten in der Großlandwirtschaft entfallen auf Löhne und Düngemittel.

Die Löhne der Landarbeiter haben sich gegenüber 1913 durchschnittlich um rund 5 Prozent erhöht. Die Preise für Düngemittel betragen nach Angabe der großagraristischen preußischen Hauptlandwirtschaftskammer in Markt für Allokatoren Prezente:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der

Superphosphat	0,25	0,35	100
Thomasmehl	0,20	0,215	105
Schwefel-Ammoniat	1,20	0,28	75
50 Prozent Kalidüngemalz	0,164	0,178	107

Löhne und Düngemittel ergeben rund dreiviertel des Ausgabenkontos der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Die Angaben, hauptsächlich auf Industrieerzeugnisse entfallenden Ausgaben, können wir mit dem Durchschnittsindex für Industrieerzeugnisse von rund 125 Prozent einsetzen. Insgesamt kommt also höchstens eine Steigerung der Produktionskosten gegenüber 1913 auf rund 110 (1913 gleich 100) zurück.

Die hauptsächlichsten Einnahmekonten des landwirtschaftlichen Großbetriebes entfallen auf Roggen, Weizen, Kartoffeln. Hier zeigt sich folgende Preissteigerung pro Zentner:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der

Roggen	7,94	11,70	447
Weizen	9,50	13	137
Kartoffeln	1,71	2,78	63

Die „Scheren“ hat sich also ähnlich hoch zugunsten der Agrarbourgeois geöffnet. Sie führen allerdings demgegenüber an, daß die Ernteerträge geringer, die Steuern und die Kredizitaten höher als vor dem Kriege sind. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Zahl der Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Großbetrieben wesentlich geringer (bis 30 Prozent) ist, weniger Düngemittel und Saatgut verwendet wird als vor dem Kriege. Was die Steuern betrifft, mußte die preußische Regierung feststellen, daß zum Beispiel in Oldenbrück 60 Prozent der Güterhersteller keine Einkommensteuer entrichten, bei weiteren 20 Prozent eine Nachprüfung schwiegt. Wir haben aus einem pommerschen Kreis ähnliche Angaben, dort zählt von den großen Grundherren nur ein einziger Einkommensteuer, dagegen die Kleinbürger alle höheren Steuern als vor dem Kriege. Weniger als nichts könnten die Gutsherren vor dem Kriege auch nicht an Steuern bezahlen. Betteln der höheren Kredizitaten muß erstmals beachtet werden, daß vor dem Kriege entsprechend den einigermaßen genauen Berechnungen von Speck die Realverhöldung der Landwirtschaft 14,7 Milliarden Mark und die neue Realverhöldung 6 Milliarden betragen. Die Ziffern betragen nach dem Kriege nach Speck insgesamt 385 Millionen und 1925 bei dem erhöhten Zinsfuß 400 Millionen. Seit 1925 ist übrigens der Zinsfuß wesentlich gesunken. Die Tatsache, daß die Agrarbourgeois heute höhere Profite machen als vor dem Kriege, steht also fest. Anders ist das bei der Kleinbürgerlichkeit. Ihre hauptsächlichsten Ausgaben enthalten neben den wesentlich erhöhten, zumindest verdoppelten

später, zuerst ergeben mit einem allgemeinen Aufschwung, und dann machen wir allen auf einmal den Garne.

Solowjow hob die Augen nachdrücklich empor und fuhr, nachdem er eine Zeitlang geschwiegen hatte, fort:

„Ihre Politik richtig zu beurteilen, ist für uns schwer; vielleicht verstecken Sie wirklich etwas, aber für uns sind das nur schändliche Träume. Wir erfüllen den Willen des Jaren, des von Gott Geliebten. Es ist für uns vor Gott verantwortlich, wir aber müssen tun, was er befiehlt. Und nun das Vertrauen der Revolutionäre zu gewinnen, muß man jammern und klagen: Das Leben sei schon gut zu schwer für die Armen, die Polizei traut und beleidigt einen jeden und die Geiseln würden mitschaffen. Obwohl sie Leute von verbrecherlicher Neigung sind, kann sie doch leichtgläubig, man kann sie auf diesen Rädern immer festhalten. Mit Ihren Dienstboten muß ich beloben, Ihnen verfahren, die kann auch nicht dummkopf. Wo es nötig ist, los deine Worte billiger ab, damit man sich an dich gewöhnt; hätte dich aber Verdacht zu erregen! Was ist denn das? Es verlässt so billig, und es so neuwertig! Am besten ist du, die unter Ihnen ein paar Freindinnen anzuschaffen — irgend so ein uppiges, liebes Dingchen, das wird dir in jeder Art gut tun. Sie wird die Händen nähern, du lassst bei ihr nähergehen, um alles, was du wissen willst, bringt sie in Erfahrung, schnüffel's aus, das liebe, kleine Mäuschen. Durch Weibergrünt kann man seine Hand weit ausstrecken.“

Dieser dickebaulige, bodenarmer Mensch mit den feisten Lippen und den hart behaarten Händen sprach häufiger als alle anderen von Weibern. Er dämpfte seine weiche Stimme bis zum Flüstern, sein Hals schwieg, die Hände bewegten sich unruhig, und die dunklen Augen, die kleine Wimpern und Brauen hatten, ergossen sich gleichsam wie warmes Feuer. Jeweils, der eine kleine Rase hatte, fand, daß Solowjow immer nach heftigem, fettigem, verdorbenem Fleisch roch.

Als Jeweils noch bei der Polizei diente, sprach man dort von den Spionen als von Leuten, die alles wissen, alles in Händen haben, überall Freunde und Helfer haben, alle gefährlichen Leute aus einmal jagen können und es nur deshalb nicht tun, weil sie, und ihr Dienst sonst überzählig werden könnten. Beim Eintritt in die Sicherheitsabteilung ließte jeder von ihnen einen Eid, niemand zu schonen, weder Vater noch Mutter noch Bruder, und kein Wort von der geheimnisvollen, furcht-

haften, auf Textil (Kleider) und Lederverwaren (Schuhe, Taschen), sowie auf Untermittel und Geräte.

Den Index für diese Waren entnehmen wir — das auf Textilwaren — dem Bericht der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer, wonach sich folgendes Bild zeigt:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der
Vortriegspreise

Gehäute und Schuhe	210	347,67	166
Mais 50 Kilogramm	7,94	11,29	142
kleine Maschinen u. Geräte	1735	2256	130

Textilwaren (nach Großhandelsindex des Berl. L.) 117

Die hauptsächlichsten Einnahmen des Bauern ergeben sich aus dem Viehverkauf und aus Milchprodukten. Die Preise pro Hektarlandwirtschaftskammer gibt dazu folgende Preise pro 50 Kilogramm an:

Dez. 1913 Dez. 1926 Prozent der
Vortriegspreise

Schweine, Qualität c	43,82	50,82	138
Ochsen, Qualität c	43,20	44,30	103
Butter	129	179	138

Zumindest ist hier die „Scheren“ nicht zugunsten des Bauern geöffnet, eher umgedreht. Dabei muß man noch beachten, daß infolge der kapitalistischen Rationalisierung einem größeren Teil der kleinen Bauernhöfe der kein Wirtschaftseinkommen ergänzende Nebenerwerb (Lohnarbeit in der Industrie oder Landwirtschaft) entzogen ist.

Zusammenfassend stellen wir fest: Bei den Großgrundbesitzern nehmen die Profite zu, bei den Kleinbauern und Landarbeitern aber die Rot.

Wahlberechtigung und Wahlbarkeit zum Betriebsrat

In jedem Betrieb soll eine Betriebsvertretung bestehen. Sind 20 und mehr Arbeiter beschäftigt, wird ein Betriebsrat gewählt, sind weniger Arbeiter beschäftigt, dann wird ein Betriebsausschuss gewählt. Dabei muß man noch beachten, daß infolge der kapitalistischen Rationalisierung einem größeren Teil der kleinen Bauernhöfe der kein Wirtschaftseinkommen ergänzende Nebenerwerb (Lohnarbeit in der Industrie oder Landwirtschaft) entzogen ist.

Sieben Wochen nachdem die Voraussetzungen für die Betriebsvertretung gegeben sind, ist dieselbe zu bilden. Bestand ihres eine Vertretung, so muß 1 Woche vor der Wahl ein Wahlvorstand bestimmt werden.

Wahlberechtigung zum Betriebsrat betrifft jeden Arbeiter oder Angehörige, der mindestens 18 Jahre und im Besitz der Bürgerlichen Ehrenrechte ist. Weitere Voraussetzungen sind nicht zu erfüllen.

Für die Wahlbarkeit sind folgende Bedingungen gestellt:

Die Kandidaten müssen 24 Jahre alt sein, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sie müssen im Besitz der „bürgerlichen Ehrenrechte“ sein, dürfen sich nicht mehr in Russland befinden, müssen am Wahltag mindestens 6 Monate im Betrieb sein und seit drei Jahren dem Gewerbe- oder Betriebszweig angehören, in dem sie tätig sind.

Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß der Kandidat lediglich Monate ununterbrochen im Betrieb tätig war, es genügt, wenn die Zeiten der Zugehörigkeit zu dem Unternehmen zusammen 6 Monate betragen. Auch ist nicht die Zugehörigkeit zu einzelnen Betrieben oder Zweigbetrieben, sondern die Zugehörigkeit zum Gesamtunternehmen bestimmend.

Bestellt das Unternehmen keine 6 Monate, so genügt die Zugehörigkeit vom Betriebsbeginn. Wenn nicht genügend Bewerber vorhanden sind, die die Bedingungen erfüllen, können andere gewählt werden.

Von der dreijährigen Zugehörigkeit zum Gewerbe- oder Betriebszweig kann nur absolutes werden bei Schwerbehinderten und dann, wenn absolut nicht genügend Bewerber da sind. Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Gewerkschaftliches Gewerkschaftskursus!

Achtung!

Heute Dienstag, den 15. März, abends 7 Uhr im Kaulbachhof 1. Abend. Genosse Melcher spricht über: „Die Entwicklung der Gewerkschaften“. Teilnehmer haben alle Gewerkschaftsjunktionäre, Fraktionaleiter und Gewerkschaftsleiter.

Holzarbeiter. Bezirk Röthenbach. Bezirkssammlung Dienstag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr im Bürgergarten 1. Vortragssabend des Lehrers Stetsfeld über Kapitalismus und Imperialismus. Anschließend Gewerkschaftsangelegenheiten, Auszahlung der Unterstützung vor der Versammlung. Alle Holzarbeiter müssen erscheinen.

Ortsauskunft Rengsdorf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr in dem Restaurant zum Ruhbaum Sigring. Von 6,30 Uhr an in demselben Lokal Vorstandssitzung.

Solowjow zu sprechen, der sie ihr Leben lang